



## Pressemitteilung

# Grundgesetzänderung - Mehr Investitionen in Bildung, Wohnen und Mobilität

Berlin, 27.11.2018

„Wir ändern das Grundgesetz, um mehr in Schulen, sozialen Wohnungsbau und öffentlichen Personenverkehr investieren zu können.“, unterstrich die Bundestagsabgeordnete Siemtje Möller (SPD) nach der Abstimmung im Plenum. „Vor allem heben wir das strikte Kooperationsverbot in der Bildungspolitik auf. Der Bund kann sich nun endlich in Zukunftsinvestitionen direkt beteiligen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Digitalisierung der Schulen. Hierfür werden wir 5 Milliarden Euro bereitstellen.“

Die SPD kämpft bereits seit vielen Jahren für mehr Investitionen in Bildung, sozialen Wohnungsbau und in die kommunale Infrastruktur. Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern stand dem bis dato entgegen. „In dieser Woche erzielen wir mit Änderungen des Grundgesetzes genau in diesen Punkten einen Durchbruch: Die Aufhebung des Kooperationsverbots wird für mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr sozialen Wohnungsbau und besseren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sorgen. Die geplanten Änderungen des Grundgesetzes sind auch ein wichtiger Beitrag, um die sozialen und regionalen Unterschiede in Deutschland abzubauen und damit für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sorgen.“, so Möller.

Die Grundgesetzänderungen erfolgen nach einer Verständigung zwischen Union, SPD, FDP und den Grünen. „Diese Änderungen haben wir gemeinsam in parteiübergreifenden Verhandlungen erreicht und damit deutlich gemacht, dass wir bei großen politischen Problemen auch jenseits von Parteigrenzen zu zügigen Lösungen in der Lage sind.“

Die Änderung muss nun noch vom Bundesrat gebilligt werden. Hier wurde bereits von mehreren Bundesländern Widerstand angekündigt. Möller appelliert hier: „Wir können mit der Grundgesetzänderung



viel für die Menschen erreichen. Ich hoffe, dass wir das auch den Vertreterinnen und Vertreter in der Länderkammer deutlich machen können und sie dieser Änderung zustimmen. Ein Investitionspaket, welches mit über 10 Milliarden Euro alleine auf Seiten des Bundes in dieser Legislaturperiode ausgestattet ist, bietet viele Chancen für die Bürgerinnen und Bürger. Besonders für die Bildungslandschaft in unserer ländlichen Region wäre das eine Riesenchance!“